

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1. 13.02.17

Videodolmetschen in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. In welchen Bereichen wird in Bremen das Videodolmetschen eingesetzt, um mit Personen ohne Deutschsprachkenntnisse zu kommunizieren?
2. Welche Erfahrungen hat der Senat bisher mit dem Einsatz von Videodolmetscherinnen und Videodolmetschern gesammelt, und welchen Stellenwert misst der Senat dem Videodolmetschen in Zukunft bei?

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Kabire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

2. 14.02.17

Entwicklung und Gestaltung des Sexualkundeunterrichts

Ich frage den Senat:

1. Wie hat sich die Sexualpädagogik in den Jahrgangsstufen eins bis sechs in den letzten zwanzig Jahren in den Lehrplänen aller betreffenden Fächer schwerpunktmäßig entwickelt, wurde insbesondere der Fächerkanon ausgeweitet und wurden neue Aspekte aufgenommen?
2. Welche Lehrmaterialien werden aktuell konkret empfohlen (Literaturangaben, Links usw.) für den Sachkundeunterricht in den Jahrgangsstufen eins bis sechs?
3. Wie werden sexualpädagogisch folgende Punkte in der Jahrgangsstufe drei/vier umgesetzt im Sachkundeunterricht (in der Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages WD 8-3000 071/16 S. 7 bis 9 vom 31. Oktober 2016 dargelegt): die Darstellung „hetero- und homosexueller Lebensweisen“ und der „kulturell unterschiedlichen Vorstellungen über Intimität im Familienleben“?

Alexander Tassis (AfD)

3. 14.02.17

Entwicklung der Leih- und Zeitarbeit in den Städten Bremen und Bremerhaven

Ich frage den Senat:

1. Wie hat sich das prozentuale Verhältnis der Arbeitnehmer in Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen in den Städten Bremen und Bremerhaven in den letzten zehn Jahren in Bezug zur Gesamtbeschäftigtenzahl entwickelt? (Bitte nach den beiden Städten getrennt ausweisen.)
2. Welche Berufsgruppen sind aktuell besonders von solchen Beschäftigungsverhältnissen betroffen in Bremen und Bremerhaven?
3. Wie steht das Land Bremen mit dem unter Ziffer 1 ermittelten Verhältnissen (möglichst von 2015) im Ranking mit den aktuellen Zahlen der anderen 15 Bundesländer? (Bitte die Vergleichsziffern angeben.)

Alexander Tassis (AfD)

4. 15.02.17

Identitätsfeststellung von Flüchtlingen

Wir fragen den Senat:

Welche Maßnahmen werden in Bremen und Bremerhaven ergriffen, um die echte Identität, einschließlich des wahren Alters, von Flüchtlingen festzustellen?

Inwieweit werden dabei Informationen zwischen Institutionen und Behörden in Deutschland und Europa bzw. den vermutlichen Herkunftsländern ausgetauscht?

In wie vielen Fällen wurde im Land Bremen in den Jahren 2015 und 2016 die Möglichkeit genutzt, über das Auslesen von Handydaten der Betroffenen deren Identität feststellen zu können?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5. 16.02.17

Anerkennung von Assistenzhunden

Wir fragen den Senat:

1. Wann erwartet der Senat, dass Bundesregierung und Bundestag der Entschließung des Bundesrates auf Anerkennung aller Assistenzhunde als Hilfsmittel folgen und eine Eintragung im Schwerbehindertenausweis oder in einem Nachfolgedokument möglich sein wird?
2. Inwiefern kann und wird der Senat zwischenzeitlich dafür sorgen, dass Menschen, die auf die Unterstützung von Assistenzhunden angewiesen sind, auch dort Zugang erhalten, wo Hunde in der Regel nicht erlaubt sind?
3. Mit welchen Maßnahmen hat der Senat in der Vergangenheit bei Gewerbetreibenden, Einrichtungen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, in Wohn- und Pflegeheimen, Sportstätten, Hotels und Gaststätten und bei kulturellen und kirchlichen Einrichtungen dafür geworben, dass Assistenzhunde dort freien Zugang haben?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

6. 17.02.17

Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Nachwuchs?

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat der aktuelle „Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017“ bekannt, in dem dargestellt wird, dass jede zweite Nachwuchswissenschaftlerin aufgrund mangelnder Planungssicherheit auf Familiengründung verzichtet?
2. Liegen dem Senat ähnliche Erkenntnisse für den Hochschulraum des Landes Bremen vor?
3. Welche Unterstützungsangebote halten die Hochschulen im Land Bremen vor, um Nachwuchswissenschaftlerinnen die Entscheidung für eine Familiengründung auch während der Qualifizierungsphase zu erleichtern?

Dr. Henrike Müller, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

7. 17.02.17

Familienzusammenführung

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen sind in den letzten zwölf Monaten im Rahmen der Familienzusammenführung nach Bremen gekommen? (Bitte je für Frauen, Männer und Kinder getrennt ausweisen.)
2. Wie vielen Anträgen auf Familienzusammenführung stand 2016 der Status des subsidiären Schutzes des Asylbewerbers entgegen?
3. Wie viele Klagen gegen den Flüchtlingsstatus des subsidiären Schutzes wurden im Land Bremen in den letzten zwölf Monaten eingereicht, wer trägt hierfür die Kosten, und in welcher Höhe sind diese Kosten inklusive Verfahrenskostenhilfen angefallen?

Piet Leidreiter, Christian Schäfer und Gruppe LKR

8. 17.02.17

Häftlinge aus nordafrikanischen Staaten

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Bürger aus Staaten Nordafrikas sitzen derzeit (Stichtag 17. Februar 2017) in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen ein, und wie hat sich deren Zahl seit dem Jahre 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren und Nationalitäten ausweisen)?
2. Sind in den letzten drei Jahren Probleme/Auffälligkeiten im Umgang mit Strafgefangenen aus Nordafrika in der JVA Bremen aufgetreten, und wenn ja, um welche Probleme/Auffälligkeiten handelt es sich konkret?
3. Wie viele Widerstandshandlungen gegen Justizvollzugsbeamte durch nordafrikanische Häftlinge wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 17. Februar 2017 in der JVA Bremen registriert, und wie viele Beamte wurden bei diesen Übergriffen verletzt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke (BIW)

9. 20.02.17

Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes

Wir fragen den Senat:

1. Welches Ressort ist federführend mit der Umsetzung des zum 1. Juli 2017 in Kraft tretenden Prostituiertenschutzgesetzes betraut?
2. Welches Ressort wird zukünftig mit der Prüfung der Erlaubnispflicht für Betreiber von Prostitutionsstätten befasst sein?
3. Welchen Ressorts werden die Umsetzung und die Aufsicht über die neue behördliche Anmelde- und Informationspflicht und die gesundheitlichen Beratungen obliegen?

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10. 21.02.17

Utbilling vun Schoolmesters en nedderdüütsche Spraak

Wi froagt den Senaat:

1. Wat meent de Senaat tau een moegliche Övernahm vun dat Institut för nedderdüütsche Spraak in't Institut för düütsche Spraak?
2. Wat will de Senaat dorför op de Been stellen, um dei Övernahm dör de Institut för düütsche Spraak tau ünnerstütten?
3. Seiht dei Senaat Chancen, en Tokunft die Utbiling vun Schoolmesters en nedderdüütsche Spraak an't Landsinstitut för Schaule un an de Universität Bremen op Grundlaag vun eene Kooperatschöön wieter to moaken?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner un de Frakschoon vun de FDP

11. 23.02.17

Gesetz zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden

Wir fragen den Senat:

1. Wie oft und wo genau wurden zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden Grundstücke und Gebäude sowie Grundstücks- oder Gebäudeteile geprüft und gemäß § 26a des Bremischen Polizeigesetzes begangen und/oder sichergestellt?
2. Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit des Gesetzes zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden?
3. Inwiefern erachtet der Senat es für notwendig, nach dem 31. März 2017 die Möglichkeit zu haben, Grundstücke, Gebäude sowie Grundstücks- oder Gebäudeteile sicherstellen zu können?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

12. 01.03.17

Fährt die Deutsche Bahn bei den Lärmmessstellen an Bremen vorbei?

Wir fragen den Senat:

1. Steht der Senat mit dem Eisenbahn-Bundesamt im Kontakt bei der Planung des deutschlandweiten Messstellennetzes „Lärm-Monitoring“?
2. Hält der Senat es für erforderlich, gerade die mit Lärm hochbelasteten Eisenbahnstrecken durch Bremen in das bundesweite Monitoring einzubeziehen?
3. Wie will der Senat sicherstellen, dass entgegen der bisherigen Planungen durch das Eisenbahn-Bundesamt Messpunkte auch auf Bremer Staatsgebiet eingerichtet werden?

Heike Sprehe, Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

13. 01.03.17

Verbesserte Zuweisung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten auf die Krankenhäuser

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnis hat der Senat über das u. a. im niedersächsischen Umland zur Optimierung der Patientenverteilung auf die Krankenhäuser eingesetzte internetgestützte Meldesystem IVENA?
2. Gibt es Planungen, das Meldesystem IVENA auch in Bremen einzuführen, wenn ja, wie ist der Stand der Planung bezüglich zeitlicher Perspektiven und Finanzierung?

Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD